

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Roland Heintze, Dennis Gladiator, Hans-Detlef Roock,
Thilo Kleibauer, David Erkalp, Nikolaus Haufler, Thomas Kreuzmann,
Wolfhard Ploog (CDU) und Fraktion**

Betr.: Näher am Bürger – Einführung von Stadtteiffonds in Hamburg

Neue Spielplätze, Parkbänke oder Grünanlagen – Kleininvestitionen bringen oft einen unmittelbaren Nutzen und tragen direkt und in kurzer Zeit zu einer höheren Lebensqualität in den Stadtteilen bei. Bislang entscheiden Fachbehörden oder Bezirksämter nach bestem Wissen über die in Angriff zu nehmenden Projekte. Die eigentlichen Spezialisten für diese Art der Stadtgestaltung dürften jedoch die Bürgerinnen und Bürger sowie die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker selbst sein. Dort werden neue Bedürfnisse schnell wahrgenommen und unsinnige Vorhaben somit von vornherein vermieden.

Die Stadt Ingolstadt stellt im Rahmen des Projekts „Bürgerhaushalt“ ihren Einwohnern seit 2010 einen Betrag von etwa einer Million Euro (rund 0,25 Prozent der gesamten Ausgaben) zur „freien“ Verfügung. Die Mittel werden auf die Stadtbezirke, quotiert nach Einwohnerzahl, verteilt. Für welche investiven Projekte das Geld ausgegeben wird, entscheiden die Bürger vor Ort, indem sie per Post oder über das Internet in einem standardisierten Verfahren Vorschläge einreichen. Die Vorschläge werden durch die Verwaltung fachkundig beurteilt und durch die Bezirksgremien diskutiert und beschlossen. Das Geld kann für öffentliche Einrichtungen, freie Träger und Verbände, Grünflächen, Kirchenaußensanierungen, Sportgroßgeräte, Kinderspielplätze, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaftsförderung et cetera verwandt werden. Abschließend wird durch die Verwaltung jährlich im Internet ein Bericht mit Informationen über die abgeschlossenen Projekte veröffentlicht. Das erhöht die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen.

Die Vorteile des Projekts sind der nützliche Dialog zwischen Bürgern und Politik, die Entscheidungshilfen bei der Stadtgestaltung für Politik und Verwaltung und vor allem die Stärkung des Gemeinschaftsgedankens über eine direkte Einflussnahme der Bürger auf ihr näheres Umfeld. Dies ist ein Ansatz, den es auch in Hamburg zu stärken gilt.

Hierzu sollen in einem ersten Schritt die Verwaltung entsprechender Mittel (über sogenannte Stadtteiffonds) Hamburgs sieben Bezirksversammlungen übertragen werden. Die Zuweisung der Gelder erfolgt nach Bezirken, orientiert an Fläche und Einwohnerzahl. Die Bezirksversammlungen können die Zuweisung für Schwerpunktstadtteile vorsehen. Die Festlegung der Projekte soll dabei auf Vorschlag und unter Beteiligung der Bürger in den Stadtteilen erfolgen. Über die exakte Ausgestaltung der Beteiligungsverfahren entscheiden die zuständigen Bezirksversammlungen genauso wie über die Projekte selbst. Die Verwaltung berät die Bezirksversammlung und setzt die Maßnahmen um.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. das oben beschriebene Projekt für den Haushalt 2015/2016 einzuplanen,
2. das Volumen dabei im ersten Jahr zunächst auf 0,05 Prozent der städtischen Ausgaben (entspricht rund 6 Millionen Euro) und ab dem zweiten Jahr auf 0,1 Prozent (rund 12 Millionen Euro) festzulegen,
3. im Gegenzug die Investitionsmittel in den betroffenen Fachbehörden abzusenken und
4. der Bürgerschaft bis zur Vorlage des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/2016 zu berichten.